



Binswanger

Die grosse Schweizer Lebenslüge

Die Fallzahlen steigen, der Impfwille schwindet und das zweite Covid-Gesetz-Referendum steht an. Das Recht des Eidgenossen auf Unvernunft scheint unbegrenzt.

Von [Daniel Binswanger](#), 17.07.2021

Wir müssen eine Routine der Extreme entwickeln: Wetterextreme jedenfalls werden uns nicht mehr verlassen – und bisher scheint nicht die Debatte über politische Konsequenzen, sondern dumpfes Erleiden an der Tagesordnung. Jedenfalls waren noch keine Gegnerinnen der CO₂-Vorlage zu vernehmen, die in Sachen Klimaerwärmung nun doch so etwas wie Handlungsbedarf erkennen. Hauseigentümer zum Beispiel, die jetzt zwar keine Heizungssanierungskosten, dafür aber geflutete Keller haben. Noch in einem weiteren Politikfeld prallen Extreme brutal aufeinander: beim Impfen und bei der Delta-Variante.

Ein bizarrer Meilenstein der Direktdemokratie wurde letzte Woche gesetzt, als die «Freunde der Verfassung», gemeinsam mit dem «Aktionsbündnis Urkantone» und dem «Netzwerk Impfentscheid», 187'000 Unterschriften für das Referendum gegen das revidierte Covid-Gesetz eingereicht haben. Die Unterschriften sind zwar nicht beglaubigt – das übernimmt unter Pandemiebedingungen die Bundeskanzlei –, aber ihre extrem hohe, in nur drei Wochen erreichte Zahl stellt dennoch eine historische Bestmarke der politischen Mobilisierung dar. Hauptargument für das Referendum ist die befürchtete «Impfdiskriminierung».

Die Verfassungsfreunde wollen nicht akzeptieren, dass gewisse Bereiche des öffentlichen Lebens wie etwa Flugreisen nur noch mit einem Covid-Zertifikat zugänglich sein sollen beziehungsweise dass Kulturveranstalterinnen und Gastrobetrieben das Recht eingeräumt wird, nur noch Gäste mit Covid-Zertifikat zuzulassen und alle anderen auszuschliessen. Dass sich aus dieser Ungleichbehandlung ein Impfwang ergebe, ist nicht zutreffend: Das Covid-Zertifikat beruht auf den drei G (geimpft, genesen, getestet) – das heisst, wer sich nicht impfen lassen und trotzdem ein

Restaurant ohne verschärftes Schutzkonzept besuchen möchte, kann sich auch vorgängig testen lassen.

Doch bereits der Impf- oder Testzwang wird von den Gegnerinnen des Covid-Gesetzes als unerträglicher Eingriff in die Grundrechte interpretiert. Sie wollen sich nicht nur der Impfung verweigern, sie wollen auch von anderen Schutzmassnahmen in keiner Weise behelligt werden: das Recht auf *Eigen- und Fremdgefährdung* als Grundlage der bürgerlichen Freiheit.

Verblüffend ist, wie stark sich die Impfbejahung beziehungsweise die Impfverweigerung in der Schweiz inzwischen politisiert hat. Letzte Woche wurde die achte SRG-Corona-Umfrage publiziert, die eine stupende Polarisierung an den Tag legt: Über 50 Prozent der SVP-Sympathisanten wollen sich überhaupt nicht impfen lassen, auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt. Bei den Wählerinnen der anderen Parteien sind es zwischen 7 und 15 Prozent. Die Politisierung des Impfens hat in der Schweiz amerikanische Dimensionen angenommen. Wie ist es möglich, dass das Land der Konkordanz- und Kompromisskultur in einer so grundlegenden Frage der öffentlichen Gesundheit so fundamental gespalten ist?

Ein Hauptgrund dürfte im herrschenden Diskurs der Eigenverantwortung liegen, der Schweizer Lebenslüge in dieser Pandemie. Der Eidgenosse soll immer souverän entscheiden, mit verbrieftem Recht auf Unvernunft. Quer durch die Parteien wird hochgehalten, die Schweizer Covid-Bewältigung zeichne sich dadurch aus, dass den Bürgerinnen sehr viel mehr Eigenverantwortung überlassen worden sei als anderswo, und dass das Land genau deshalb mit einer besonders guten Opferbilanz durch die Krise gekommen sei.

Beides ist völlig realitätsfremd: Zwar trifft zu, dass das Schweizer Massnahmenregime lockerer war als das der meisten anderen Länder, aber zu keinem Zeitpunkt war es richtig, dass Eigenverantwortung den staatlichen Zwang hätte ersetzen können.

Masken wurden in den öffentlichen Verkehrsmitteln getragen, nachdem es angeordnet worden war – und keine Minute früher. Sowohl die erste als auch die zweite Welle wurde gebrochen, indem das öffentliche Leben (viel zu spät) durch Zwangsmassnahmen lahmgelegt wurde und nicht durch den besonderen Bürgersinn der eigenverantwortlichen Bevölkerung.

Erfolgreich war die Schweiz zwar insofern, als sie mit weniger langen und weniger rigiden Shutdowns durchkam als die umliegenden europäischen Länder. Der Preis dafür war jedoch horrend. Mit einer Übersterblichkeit über die ganze bisherige Pandemie von rund 12 Prozent und einer Opferbilanz in der zweiten Welle, die zu den höchsten Europas zählt, hat das vermeintliche Prinzip Eigenverantwortung de facto bittere Grenzen offenbart. Funktioniert hat es vor allen Dingen als Persilschein für die Verantwortungsträger.

Trotzdem oder gerade deswegen zeigt sich der offizielle Diskurs jedoch bis heute weitgehend unbeeindruckt von den Tatsachen. Weiterhin wird stur behauptet: Wir haben alles richtig gemacht! Und wir verdanken dies der Eigenverantwortung!

Was ist das Problem mit solchen ideologischen Rechtfertigungsdiskursen? Es gibt Menschen, die sie beim Wort nehmen. Es gibt Menschen, die sie glauben. Die zur immer fanatischeren Überzeugung gelangen, das einzige Mittel, um die Normalität gegen Covid zu verteidigen, sei die uneingeschränkte Wiederherstellung der Eigenverantwortung jedes Einzelnen. Die urplötzlich so mächtigen Verfassungsfreunde kommen aus dem Her-

zen des offiziellen Covid-Revisionismus. Seine Verdrängungsleistung ist der Treiber ihrer verblüffenden Dynamik. Und eines massiven Schadenspotenzials.

Jetzt kollidiert die helvetische Rechtfertigungshaltung erneut gewaltsam mit den Realitäten. Die dominierend gewordene Delta-Variante lässt die Fallzahlen wieder in hohem Tempo nach oben schießen. Im Augenblick, mit einer aktuellen Reproduktionszahl von rund 1,5, sieht es so aus, als würden wir in drei Wochen wieder irgendwo bei über 4000 Fällen sein.

Auch die Hospitalisierungen werden anziehen, so wie es zum Beispiel in Grossbritannien schon geschehen ist. Die bange Frage ist natürlich, in welchem Mass. Da die über 70-Jährigen zu über 80 Prozent geimpft sind, wird es proportional viel, viel weniger Hospitalisierungen und schwere Verläufe geben. Die Verbindung zwischen Fallzahlen und schweren Erkrankungen hat sich dank der Impfungen stark gelockert – aber leider nicht vollständig gelöst.

Der «Economist» hat für Grossbritannien berechnet, dass die Ansteckungen heute auf 150'000 Fälle pro Tag steigen müssten, damit die Spitäler wieder derselben Belastung ausgesetzt wären wie auf dem dramatischen Pandemiehöhepunkt im Januar. Da in Grossbritannien am kommenden Montag die meisten Schutzmassnahmen beendet werden, ist absolut nicht auszuschliessen, dass die Ansteckungen tatsächlich explodieren. Wenn in der Schweiz der Impfeffekt vergleichbar stark sein sollte wie in Grossbritannien (wo die Durchimpfungsrate höher ist), müssten die Ansteckungen auf 20'000 täglich steigen, um wieder zu einer grenzwertigen Belastung der Intensivstationen zu führen. Sicherlich: Davon sind wir heute sehr weit entfernt. Wenn die Reproduktionszahl jedoch nicht sinkt, werden wir in weniger als sechs Wochen an diesem Punkt stehen.

So weit darf es natürlich nicht kommen, weshalb schon relativ bald nur eine Lösung zu Gebote stehen könnte: schärfere Schutzmassnahmen – entweder für alle oder nur für Bürgerinnen ohne Covid-Zertifikat. Es scheint zwingend, dass dann die systematische «Impfdiskriminierung» zur offiziellen Politik erhoben wird, so wie das etwa in Frankreich bereits der Fall ist.

Erstens wäre es weder moralisch noch rechtlich zu rechtfertigen, allen Bürgern starke Einschränkungen aufzuerlegen, nur weil ein Teil der Bevölkerung sich nicht impfen lassen will. Zweitens wird die Bereitschaft der Mehrheit, weiterhin grosse Verzichtsleistungen zu erbringen, nur um eine Minderheit von Menschen zu schützen, die sich freiwillig einem unverantwortlichen Risiko aussetzen, immer begrenzter werden. An der Ungleichbehandlung von Geimpften und Nichtgeimpften führt kein Weg vorbei, auch deshalb, weil es nicht die Beschwörung der Eigenverantwortung, sondern zunehmender staatlicher Druck sein wird, der die Impfquote schliesslich über die nötigen 80 Prozent hebt.

Die eigentliche Frage ist deshalb: Wie voll müssen die Intensivstationen werden, damit die Landesregierung Covid-Zertifikate weitgehend zur Zugangsbedingung macht? Die Antwort liegt leider auf der Hand: Man wird handeln, wie meistens gehandelt wird. Das heisst, man wird möglichst gar nichts tun und so lange zaudern, wie es eben geht. Welche Schweizer Verantwortungsträgerin würde sich schon freiwillig vorwagen und die geheiligte Eigenverantwortung stärker infrage stellen als dringend nötig? Auch die Durchseuchung der ungeschützten Primarschüler nach den Ferien ist jetzt programmiert worden, ohne dass von systematischen Schutzkonzepten irgendetwas zu hören oder zu sehen wäre. Geschweige denn, dass die Regierung mehr getan hätte, als Appelle zur Vorsicht zu lancieren.

Wir werden mit Covid noch lange leben, und die Impfungen geben uns Gott sei Dank die Möglichkeit, dies ohne übermässige Einschränkungen zu tun. Wir brauchen dazu jedoch vorausschauendes und konsequentes Regierungshandeln. Auch wenn es nicht einfach ist: Mit ihrer Lebenslüge sollte die Schweizer Politik nun endlich brechen. Bevor sie definitiv ausser Kontrolle gerät, ein Covid-Referendum durchkommt – und wir erneut horrenden Opfer zu beklagen haben.

Illustration: Alex Solman